



Crédit: - Parlamentsdienste 3003 Bern

**Sessionsvorschau
Sommer 2020**

Kontakt

Für weiterführende Informationen stehen Ihnen der Präsident, die Dossierverantwortlichen und die Kommunikationsverantwortliche jederzeit sehr gerne zur Verfügung.

Zögern Sie nicht, uns zu kontaktieren:



Präsident

Adrian Wüthrich
Tel. 031 370 21 17
Mobile 079 287 04 93
wuehrich@travailsuisse.ch



Umwelt-, Steuer- und Aussenpolitik

Denis Torche
Tel. 031 370 21 16
Mobile 079 846 35 19
torche@travailsuisse.ch



Sozialpolitik

Thomas Bauer
Tel. 031 370 21 11
Mobile 077 421 60 04
bauer@travailsuisse.ch



Bildungspolitik

Bruno Weber-Gobet
Tel. 031 370 21 01
Mobile 079 348 71 67
weber@travailsuisse.ch



Gleichstellungspolitik

Valérie Borioli Sandoz
Tel. 031 370 21 47
Mobile 079 598 06 37
borioli@travailsuisse.ch



Kommunikation

Linda Rosenkranz
Tel. 031 370 21 18
Mobile 079 743 50 47
rosenkranz@travailsuisse.ch



Wirtschaftspolitik

Gabriel Fischer
Tel. 031 370 21 11
Mobile 076 412 30 53
fischer@travailsuisse.ch

Nationalrat

Erste Woche

- 2.6.¹ Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose. Bundesgesetz (19.051)..... → siehe Details **3**
2.6. Mo. Ständerat (WBK-SR). Regelmässiges Monitoring der Armutssituation
in der Schweiz (19.3953) → Ja **3**
2.6.² Mo. Bigler. Produktivität in der Bundesverwaltung managen (18.3773)..... → Nein **3**
2.6.² Mo. Rytz. Schluss mit den Boni-Fehlanreizen in bundesnahen Betrieben! (18.3370) → Ja **3**
3.6. OR. Aktienrecht (16.077) → siehe Details **4**
4.6. Zolltarifgesetz. Änderung (Aufhebung der Industriezölle) (19.076)..... → Nein **4**

Zweite Woche

- 8.6. Pa. Iv. Romano. Einführung einer Adoptionsentschädigung (13.478) → siehe Details **4**
9.6.³ Totalrevision des CO2-Gesetzes nach 2020 (17.071) → Ja **5**
11.6.⁴ Mo. Kälin. Weiterbildungsoffensive im Bereich der Digitalisierung für
ältere Arbeitnehmende (18.3219) → Nein **5**
11.6.⁴ Po. Grin. Duale Bildung, Beratung der Lernenden. Lücken am Horizont? (18.3275)..... → Nein **5**
11.6.⁴ Mo. Flury. Arbeit dank Bildung (18.3537) → Ja **5**
11.6.⁴ Mo. Reynard Praktika. Den Status der Praktikantinnen und Praktikanten
besser regeln und damit stärken (18.3489)..... → Ja **6**

Dritte Woche

- 15.6. Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 (20.033) → siehe Details **6**
15.6. Pa. Iv. Liberale Fraktion. Stempelsteuer schrittweise abschaffen und
Arbeitsplätze schaffen (09.503) → siehe Details **6**
17.6. Kt. Iv. St. Gallen. Keine Prämiengelder für Vermittlungsprovisionen (18.305)..... → Ja **7**
17.6.⁵ Kt. Iv. Waadt. Ermöglichung der institutionellen Beaufsichtigung von privaten
Unternehmen und Organisationen (18.323)
Pa. Iv. Marti Min Li. Sanktionen bei Lohnungleichheit (19.444)
Pa. Iv. Reynard. Schwarze Liste für Unternehmen, die sich nicht an die Lohngleichheit
von Frau und Mann halten (19.452)
Pa. Iv. Reynard. Gleicher Lohn für Frau und Mann. Ein griffiges Gesetz für die
Mehrheit der Arbeitnehmenden tut not! (19.453)..... → Ja **7**
18.6.⁶ Mo. Rytz. Breitangelegte Präventionskampagne gegen Sexismus (19.3869)..... → Ja **7**
18.6.⁶ Po. Marti. Erfassung des Gender Overall Earnings Gap und anderer Indikatoren
zu geschlechterspezifischen Einkommensunterschieden (19.4132)..... → Ja **7**
18.6. Pa. Iv. Aebischer. Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter (17.412)..... → Ja **8**

¹ zusätzlich evt. Donnerstag 11. Juni 2020 / Antrag Einigungskonferenz

² zusätzlich Mittwoch, 3. Juni und Montag, 15. Juni / Parlamentarische Vorstösse aus dem EFD

³ zusätzlich Mittwoch, 10. Juni / gemeinsame Behandlung

⁴ zusätzlich Donnerstag, 11. Juni 2020 / Parlamentarische Vorstösse aus dem WBF

⁵ zusätzlich Mittwoch, 17. Juni 2020 / gemeinsame Behandlung

⁶ parlamentarische Vorstösse aus dem EDI

Ständerat

Erste Woche

- 3.6. Zahlungsrahmen für die Förderung des alpenquerenden Schienengüterverkehrs. Änderung (19.064) → siehe Details **9**
- 4.6. Mo. Chiesa. Unterstützen wir die unter der Coronakrise leidenden Schweizer Unternehmen (20.3077) → Nein **9**

Zweite Woche

- 10.6. Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose (19.051) → siehe Details **9**

Dritte Woche

- 15.6. Legislaturplanung 2019–2023 (19.078) → siehe Details **9**
- 16.6. Mo. Salzmann. Kein Verkauf der Ruag Ammotec. Versorgungssicherheit gewährleisten (19.4468) → Ja **10**
- 17.6. Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021-2024 (20.028) ... → siehe Details **10**
- 17.6. EHB-Gesetz (19.070) → siehe Details **10**
- 18.6. Mo. APK NR. Schrittweise Öffnung der Grenzen und Wiederherstellung der Personenfreizügigkeit (20.3130) → Ja **10**

Nationalrat

Dienstag, 2. Juni (evt. zusätzlich Donnerstag, 11. Juni 2020)

(Antrag Einigungskonferenz)

Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose. Bundesgesetz (19.051): Travail.Suisse hat immer betont, dass die Überbrückungsleistung älteren Ausgesteuerten nach einem langen Erwerbsleben unter anderem den Gang zur Sozialhilfe ersparen soll. Der Plafonierungsvorschlag des Ständerats kann dazu führen, dass das Niveau der Überbrückungsleistung sogar tiefer ist, als die Sozialhilfe.

- Travail.Suisse lehnt eine Plafonierung für Alleinstehende beim 2-fachen des allgemeinen Lebensbedarfs - wie vom Ständerat vorgesehen - ab.
- Travail.Suisse unterstützt den Antrag der SGK-NR für einen Plafond beim 2.25-fachen des allgemeinen Lebensbedarfs.

Dienstag, 2. Juni 2020

Mo. Ständerat (WBK-SR). Regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz (19.3953):

Die Motion will den Bundesrat damit beauftragen, in einem fünfjährigen Zyklus ein gesamtschweizerisches Monitoring zu Prävention und Bekämpfung der Armut einzurichten. Dieses würde es ermöglichen, sozialpolitische Massnahmen auf allen Staatsebenen hinsichtlich ihrer Wirkung gegenüberzustellen und zu evaluieren. Gleich wie in der Bildung, ist der Bund nur indirekt oder am Rande im Bereich der Armutsbekämpfung tätig. Viele Massnahmen werden auf kantonaler oder kommunaler Ebene ergriffen. Deshalb ist ein gesamtschweizerisches Monitoring durch den Bund, welches Übersicht schafft und Wirkungen analysiert, sinnvoll und gerechtfertigt.

- Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.

Dienstag, 2. Juni, Mittwoch, 3. Juni und Montag, 15. Juni / Parlamentarische Vorstösse aus dem EFD

Mo. Bigler. Produktivität in der Bundesverwaltung managen (18.3773): Der Bundesrat wird beauftragt, ein System zum Management der Produktivität des Personals in der Bundesverwaltung einzuführen, um die aktuelle Personalaufstockung zu stoppen. Das System muss budgetneutral ausfallen. Doch mit der Einführung des neuen Führungsmodells für die Bundesverwaltung (NFB) am 1. Januar 2017 hat der Bundesrat den Fokus auf Wirksamkeit und Effizienz verstärkt. Übrigens würde ein solches System, das auch einen Personalstopp zum Ziel hätte, den anderen Mitarbeitenden eine höhere Arbeitslast aufbürden. Die Motion ist zudem viel zu starr. Denn die Anzahl Beschäftigte in der Bundesverwaltung hängt nicht nur mit Produktivitätssteigerungen zusammen, sondern auch mit der Entwicklung der zu leistenden Aufgaben.

- Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.

Mo. Rytz. Schluss mit den Boni-Fehlanreizen in bundesnahen Betrieben! (18.3370): Die Motion fordert die Unterbindung von hohen Boni-Anreizen in bundesnahen Betrieben. Dazu sollen variable Lohnanteile nur in beschränktem Ausmass ausgerichtet werden können. Die Problematik der exorbitanten Managerlöhne manifestiert sich in erster Linie in der Privatwirtschaft und nicht bei den staatsnahen Betrieben. Dennoch könnte eine Veränderung der Anreize bei den staatsnahen Betrieben auch auf den Rest der Wirtschaft ausstrahlen. Bei der Umsetzung der Abzockerinitiative wurde gerade der Punkt der Begrenzung der variablen Lohnanteile nicht berücksichtigt. Für Travail.Suisse ist dies ein entscheidender Punkt, um eine Mässigung bei den überrissenen Managerlöhnen zu erreichen, die gesellschaftliche Akzeptanz zu verbessern und wirtschaftliche und politische Kosten zu minimieren.

- Travail.Suisse empfiehlt diese Motion zur Annahme.

Mittwoch, 3. Juni 2020

OR. Aktienrecht (16.077): Mit der Aktienrechtsrevision sind aus Sicht von Travail.Suisse zwei wichtige Punkte verknüpft. Einerseits die Einführung von Geschlechterquoten für Verwaltungsräte und Geschäftsleitungen, andererseits die Überführung der Regelungen der aus der Umsetzung der angenommenen Abzockerinitiative entstandenen VegüV ins Gesetz. Mit der Einführung von Geschlechterquoten wird ein grosser gleichstellungspolitischer Schritt gemacht. In Bezug auf die Umsetzung der Abzockerinitiative bleibt das Parlament auf halbem Weg stehen. In der Differenzvereinbarung will der Ständerat immerhin noch eine Einschränkung der Umgehungsmöglichkeiten des Verbotes von Abgangsentschädigungen über intransparente Zahlungen in Zusammenhang mit früheren Tätigkeiten, langen Konkurrenzverboten oder Aufhebungsvereinbarungen erreichen. Dazu ist in den Artikeln 734 a Ziff. 4 und 735 c Ziff. 2bis, 2ter dem Ständerat zu folgen.

→ Travail.Suisse empfiehlt in den angesprochenen Artikeln jeweils dem Ständerat zu folgen.

Donnerstag, 4. Juni 2020

Zolltarifgesetz. Änderung (Aufhebung der Industriezölle) (19.076): Das Gesetz sieht die Aufhebung der Industriezölle vor, was die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern soll. Dies würde für den Bund zu jährlichen Einnahmenverlusten von 560 Millionen Franken führen. Im Rahmen der Vernehmlassung hatte sich Travail.Suisse gegen die Vorlage ausgesprochen, da die Steuereinsparnisse zu hoch seien und der Schweiz den Verhandlungsspielraum für Freihandelsabkommen nehmen würden. Zu Recht hatte die vorbereitende Subkommission der FK-N mit einer sehr grossen Mehrheit vorgeschlagen, nicht auf die Vorlage einzutreten. Die WAK-N hat sich dieser Meinung angeschlossen und schlägt seinem Rat zu Recht vor, nicht auf das Geschäft einzutreten.

→ Travail.Suisse empfiehlt, nicht darauf einzutreten oder die Änderung des Zolltarifgesetzes abzulehnen.

Montag, 8. Juni 2020

Pa. Iv. Romano. Einführung einer Adoptionsentschädigung (13.478): Diese parlamentarische Initiative zielt darauf ab, der Ungleichbehandlung der Eltern ein Ende zu setzen. Sie behält ihre volle Berechtigung in einer Zeit, in der sich das Stimmvolk im September zur Einführung eines Vaterschaftsurlaubs äussern wird und das Parlament dem Vater endlich das Recht auf einen bezahlten Urlaub zuerkannt hat, um eine Beziehung mit seinem Kind zu schaffen, seine Partnerin zu unterstützen und sich um die restliche Familie zu kümmern. Bei einer Adoption ist es noch wichtiger, dass er diese Zeit erhält, um eine Beziehung zu seinem Kind aufzubauen. Die Kommission hat die ursprüngliche Vorlage von Nationalrat Marco Romano, die von Travail.Suisse unterstützt wurde, beträchtlich zurückgestutzt, indem der Urlaub statt zwölf nur noch zwei Wochen betragen soll.

→ Travail.Suisse empfiehlt, den Vorschlag der Minderheit Feri anzunehmen und die Vorlage an die Kommission zurückzuweisen, damit sie einen Entwurf mit 14 Wochen erarbeitet, die gerecht zwischen den Eltern aufgeteilt werden.

Bei einem Eintreten empfiehlt Travail.Suisse Folgendes (EOG, OR):

- Adoptierte Kinder bis 12 Jahre: der Minderheit Feri folgen, um den Urlaub auszudehnen (16i Abs. 1 Bst. a);
- Bedingung für die Eltern, ihre Erwerbstätigkeit einzustellen oder um mindestens 20 % zu reduzieren (16i Abs. 1 Bst. d; 16i Abs. 2 Bst. b; 16l Abs. 1–4; Art. 329g 5 Abs. 2 und 3 OR): der Position des Bundesrates und der Mehrheit folgen;
- Wird der Urlaub tageweise bezogen, werden zwei zusätzliche Taggelder gewährt (16k Abs. 4): dem Bundesrat und der Mehrheit folgen;
- Möglichkeit, den Urlaub tage- oder wochenweise zu beziehen (329g Abs. 4 OR): dem Bundesrat und der Mehrheit folgen.

Dienstag, 9. Juni und Mittwoch, 10. Juni 2020

(gemeinsame Behandlung)

Totalrevision des CO₂-Gesetzes nach 2020 (17.071): Travail.Suisse befürwortet eine ehrgeizigere Totalrevision des CO₂-Gesetzes als die Fassung des Bundesrates. Die UREK-N schliesst sich mehrheitlich den Beschlüssen des Ständerates an, was zu begrüessen ist, da sie den Entwurf des Bundesrates stärken. Trotzdem muss ein deutlich grösserer Anteil der CO₂-Reduktionen in der Schweiz erfolgen, da dies zur Innovationsförderung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in unserem Land beiträgt. Ausserdem könnten wir uns rascher von den fossilen Energieträgern abwenden, während die Energiesicherheit gleichzeitig gestärkt wird. Deshalb ist der Minderheitsvorschlag zu unterstützen, der ein inländisches Reduktionsziel von 75 % (statt 60 %) vorsieht. Die vom Ständerat und der UREK-N vorgeschlagenen Massnahmen zur Senkung der CO₂-Emissionen im Gebäudesektor, zur Einführung einer Flugticketabgabe und zur Errichtung eines Klimafonds sind zu unterstützen. Zum letzteren Punkt gilt es, bei diesem Fonds die Randregionen sowie der Schienenverkehr als Alternative zum Flugverkehr zu berücksichtigen. Doch das Gesetz, das verabschiedet werden wird, wird nicht ausreichen, um das Ziel der CO₂-Nettonullemissionen bis 2050 zu erreichen. Daher müssen Reduktionszwischenziele festgelegt werden. Damit die Bevölkerung längerfristig die ehrgeizigen Reduktionsziele akzeptiert, muss auch das Konzept eines gerechten Übergangs in die Klimapolitik einfließen, indem deren Auswirkungen auf die Beschäftigung, die Bildung und die Sozialpolitik besser berücksichtigt werden. Deshalb wird Travail.Suisse demnächst nicht nur Massnahmen für einen «New Green Deal», sondern auch für einen «Social Deal» veröffentlichen.

→ Travail.Suisse unterstützt die vom Ständerat verabschiedete Revision des CO₂-Gesetzes sowie die Vorschläge der UREK-N.

Donnerstag, 11. Juni 2020 / Parlamentarische Vorstösse aus dem WBF

Mo. Kälin. Weiterbildungsoffensive im Bereich der Digitalisierung für ältere Arbeitnehmende (18.3219): Der Bund hat über den Artikel 32 und 55 des Berufsbildungsgesetzes die Möglichkeit, eine Weiterbildungsoffensive, wie sie die Motion fordert, durchzuführen. Und er macht es auch schon in Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeitswelt (<https://bit.ly/2XinCno>). Allerdings funktionieren solche Offensiven nur, wenn die Wirtschaft und die Betriebe auch mitspielen und für die (älteren) Arbeitnehmenden die entsprechenden Kursangebote bereitstellen und sie zur Teilnahme motivieren und aufbieten.

→ Travail.Suisse lehnt die Motion ab, weil entsprechende Offensiven schon laufen.

Po. Grin. Duale Bildung, Beratung der Lernenden. Lücken am Horizont? (18.3275): Der vorliegende Vorstoss wirft wichtige Fragen auf. Diese sind allerdings in der Strategie Berufsbildung 2030 schon aufgenommen worden. Aus den gewonnenen Erkenntnissen ist man schon daran, Massnahmen zu definieren und umzusetzen. Wichtig ist, dass die Schweiz aus der engen Kantonalisierung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung herausfindet und fähig ist, eine nationale Strategie zugunsten der Lernenden zu definieren und umzusetzen.

→ Travail.Suisse empfiehlt das Postulat zur Ablehnung.

Mo. Flury. Arbeit dank Bildung (18.3537): Das Beherrschen der Grundkompetenzen ist eine wichtige Voraussetzung, um an Bildung und Weiterbildung teilnehmen zu können. Seit 2017 unterstützt der Bund über das Weiterbildungsgesetz die Kantone finanziell beim Aufbau und der Umsetzung ihrer Programme zum Thema „Erwerb und Erhalt von Grundkompetenzen Erwachsener“. Obwohl das Problem der fehlenden Grundkompetenzen in der Schweiz beträchtlich ist, sind die Teilnehmendenzahlen an den Grundkompetenzkursen tief. Ganz wichtig ist es, dass mit diesen Programmen die Sozialhilfebeziehenden mit ungenügenden Grundkompetenzen erreicht werden. Denn mit geeigneten Bildungsmassnahmen kann ein Teil dieser Personen nachhaltig in den Arbeitsmarkt integriert werden. Ohne ausreichende Grundkompetenzen und anschliessenden Weiterbildungen besteht ein grosses Risiko, dass sie langfristig von der Sozialhilfe abhängig bleiben.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.

Mo. Reynard. Praktika. Den Status der Praktikantinnen und Praktikanten besser regeln und damit stärken (18.3489): Die Motion verlangt einen rechtlichen Rahmen für Praktika auf Bundesebene. Es gibt in der Schweiz keine verbindlichen Regelungen für Praktika. Gleichzeitig nimmt die befristete Beschäftigung (zu denen Praktika gehören) stark zu – insbesondere bei den jüngsten Alterskategorien auf dem Arbeitsmarkt. Damit steigt das Potenzial von Missbräuchen im Bereich der Praktika. Dies wird auch von den Kantonen so gesehen, weshalb einzelne kantonale Regelungen entstanden sind. Um hier einem kantonalen Flickenteppich vorzubeugen, bieten sich Regelungen auf Bundesebene an.

→ Travail.Suisse empfiehlt diese Motion zur Annahme.

Montag, 15. Juni 2020

Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 (20.033): Die IZA-Strategie 2021–2024 sieht einen Gesamtbetrag von 11,25 Milliarden Franken für vier Jahre vor. Für Travail.Suisse, der während der Vernehmlassung mit seinem Hilfswerk Brücke - Le pont Stellung bezogen hatte, ist es positiv, dass in der Strategie die Arbeitsbekämpfung und die nachhaltige Entwicklung weiterhin die grundlegenden Motive für die Zusammenarbeit sind und dass der Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze mehr Gewicht beigemessen wird. Allerdings ist es bedauerlich, dass die Kreditbeträge nur 0,46 % des Bruttonationaleinkommens betragen, während sie sich auf 0,5 % belaufen müssten und die Schweiz sich dafür eingesetzt hat, ihren Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe schrittweise auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Die aussenpolitische Kommission und die Finanzkommission des Nationalrates haben die Strategie unter dem Einfluss der Coronakrise geprüft. Für Travail.Suisse darf eine mögliche Erhöhung der Mittel für die humanitäre Hilfe nicht zu Lasten aller anderen Aspekte der Zusammenarbeit gehen. Auch sind Vorschläge, den Anteil am Bruttonationaleinkommen unter dem Vorwand der Coronakrise zu senken, abzulehnen. Trotz der Pandemie bleibt die Verschuldungsquote der Schweiz relativ niedrig. Es ist daher nicht gerechtfertigt, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit aus finanziellen Überlegungen zu kürzen. Investitionen in die Zusammenarbeit sind auch Investitionen in eine sicherere, gerechtere und nachhaltigere Welt, was auch im Interesse – auch im wirtschaftlichen Interesse – der Schweiz ist.

→ Travail.Suisse befürwortet eine Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,5 % des Bruttonationaleinkommens.

Pa. Iv. Liberale Fraktion. Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen (09.503):

Die parlamentarische Initiative sieht die Abschaffung sämtlicher Stempelsteuern vor. Die WAK-N hat zwei Vorentwürfe in die Vernehmlassung geschickt, die den zweiten Schritt in der Umsetzung der Initiative darstellen, die zu Steuerausfällen von 219 Millionen bzw. von 1786 Millionen Franken führen werden. Ein erster Entwurf, der bereits vom Nationalrat genehmigt wurde und bei der Kommission des Ständerates noch anhängig ist, betrifft die Aufhebung der Emissionsaufgabe auf Eigenkapital. Die Vorentwürfe 2 und 3 sehen vor, alle anderen Stempelsteuern (Umsatz- und Versicherungsabgabe) abzuschaffen. Travail.Suisse stellt sich kategorisch gegen jegliche Abschaffung von Stempelsteuern, da die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Finanzplatzes Schweiz – die bereits sehr gut war – seit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung weiter gestiegen ist. Es wäre unverantwortlich, dem Bund über zwei Milliarden Franken vorzuenthalten, während die Coronakrise zu einer steigenden Verschuldungsquote führt. Ausserdem würden durch die Abschaffung der Stempelsteuern nur im Finanzsektor neue Stellen geschaffen und zweifellos insgesamt viel weniger Stellen als diejenigen, die im Service public wegen der neuen Budgetbeschränkungen gestrichen werden müssten. Die WAK-N will diese Vorlage aufschieben, bis die Einbussen im Bundesbudget infolge der Coronakrise bekannt sind.

→ Travail.Suisse empfiehlt dem Nationalrat, dem Vorschlag der WAK-N zur Aufschiebung des Geschäfts zu folgen.

Mittwoch, 17. Juni 2020

Kt. Iv. St. Gallen. Keine Prämiengelder für Vermittlungsprovisionen (18.305): Die Initiative sieht vor, Zahlungen von Provisionen für Wechsel in der Grundversicherung zu verbieten. Die heutige Regelung mit Provisionen schafft Fehlanreize und erhöht die Verwaltungskosten. Es ist deshalb sinnvoll, die Zahlung von Provisionen zu verbieten.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Initiative zur Annahme.

Mittwoch, 17. Juni 2020

(gemeinsame Behandlung)

Kt. Iv. Waadt. Ermöglichung der institutionellen Beaufsichtigung von privaten Unternehmen und Organisationen (18.323) / Pa. Iv. Marti Min Li. Sanktionen bei Lohnungleichheit (19.444) / Pa. Iv. Reynard. Schwarze Liste für Unternehmen, die sich nicht an die Lohnungleichheit von Frau und Mann halten (19.452) / Pa. Iv. Reynard. Gleicher Lohn für Frau und Mann. Ein griffiges Gesetz für die Mehrheit der Arbeitnehmenden tut not! (19.453): Die vier Geschäfte zielen auf die jüngste Revision des Gleichstellungsgesetzes ab, die vom Parlament nicht korrekt durchgeführt wurde. Die Revision tritt am 1. Juli 2020 in Kraft und enthält Mängel und Fehler, die diese vier Vorlagen beheben wollen. Das Gesetz sieht keine Kontrolle vor: Der Kanton Waadt möchte die privaten Unternehmen kontrollieren können. Das Gesetz sieht keine Sanktionen vor: Die parlamentarische Initiative Marti will eine Busse von bis zu 40 000 Franken für Unternehmen einführen, die gegen die Vorschriften verstossen. Das Parlament wollte keine Aufsicht durch eine Behörde: Die erste parlamentarische Initiative Reynard verlangt, dass eine Behörde eine öffentlich einsehbare schwarze Liste der Unternehmen führt, welche die obligatorische Lohnvergleichsanalyse nicht durchführen. Das Gesetz verpflichtet nur die Unternehmen ab 100 Personen zur Lohnvergleichsanalyse, d. h. 0,95 % der Unternehmen: Die zweite parlamentarische Initiative Reynard will die Unternehmen ab 50 Personen in diese Pflicht zur Durchführung der Lohnvergleichsanalyse einschliessen. Travail.Suisse hat die bittere Feststellung machen müssen, dass die jüngste Revision des GlG letztlich nur eine Alibiübung war und gegenüber der ursprünglichen, wenig ehrgeizigen Vorlage weiter an Substanz eingebüsst hat.

→ Travail.Suisse empfiehlt diese vier Geschäfte zur Annahme.

Donnerstag, 18. Juni 2020 / Parlamentarische Vorstösse aus dem EDI

Mo. Rytz. Breitangelegte Präventionskampagne gegen Sexismus (19.3869): Es braucht eine breitangelegte, mehrjährige Präventionskampagne gegen Sexismus, um die Diskriminierungen, unter denen die Frauen in der Schweiz leiden, zurückzudrängen. Die Diskriminierung hat vielerlei Erscheinungsformen, die von der sexuellen Belästigung (die 59 % der Frauen in der Schweiz laut Amnesty International bereits erlebt haben) bis hin zu Vorurteilen bezüglich der Leistungsfähigkeit im Beruf reichen. So werden 10 % der berufstätigen Frauen jedes Jahr im Beruf diskriminiert, weil sie Mutter werden, und noch viele mehr zweifellos, weil die Möglichkeit besteht, dass sie Mutter werden. Der Bundesrat unterstützt diesen Vorstoss.

→ Travail.Suisse empfiehlt diese Motion zur Annahme.

Po. Marti. Erfassung des Gender Overall Earnings Gap und anderer Indikatoren zu geschlechterspezifischen Einkommensunterschieden (19.4132): Es fehlt immer noch ein jährlicher Index zu den Ungleichheiten zwischen Frau und Mann, insbesondere in den Bereichen unbezahlte Arbeit und Einkommen. Bereits 2013 hat das Postulat Fehr 13.3177 einen Bericht verlangt, wie ein Lohnvergleichsindex gestaltet werden könnte. Das Postulat wurde vom Parlament allerdings abgelehnt. Doch diesmal ist der verlangte Umfang viel grösser und verschiedene Aspekte der geschlechterbezogenen Einkommenslücken sollten beleuchtet werden. Der Bundesrat ist damit einverstanden, einen Bericht zum «Gender Overall Earnings Gap» zu verfassen, einem modernen Indikator, der es erlaubt, die gesamte Einkommensabweichung (in Prozent) zwischen den Löhnen von Frauen und Männern zu messen.

→ Travail.Suisse empfiehlt das Postulat zur Annahme.

Donnerstag, 18. Juni 2020

Pa. Iv. Aebischer. Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter (17.412): Die Schweiz ist ein Land mit hoher sozialer Selektivität. D.h. nicht die Talente und Potentiale einer Person entscheiden prioritär über ihre Bildungs- und Berufslaufbahn, sondern vor allem ihre soziale Herkunft. Um die soziale Selektivität zu verringern und die Chancengerechtigkeit zu erhöhen, ist die frühkindliche Bildung und Erziehung zu stärken. Ihre Effekte für den weiteren Bildungs- und Lebensverlauf sind besonders nachhaltig. Zudem sind die Kosten geringer, als wenn der Chancenausgleich in der Schule oder noch später beginnen würde. Durch die vorgeschlagene Gesetzesänderung bleibt die Hauptverantwortung für die frühkindliche Bildung und Erziehung bei den Kantonen. Der Bund unterstützt nur den Aufbau von kantonalen Programmen zur Weiterentwicklung der Politik der frühen Kindheit. Ziel der Finanzhilfen ist es, die Politik der frühen Kindheit der Kantone weiterzuentwickeln und bestehende Lücken in deren Ausgestaltung zu schliessen.

→ Travail.Suisse empfiehlt die parlamentarische Initiative zur Annahme.

Ständerat

Mittwoch, 3. Juni 2020

(gemeinsame Behandlung)

Zahlungsrahmen für die Förderung des alpenquerenden Schienengüterverkehrs. Änderung (19.064):

Der Bundesrat verabschiedet ein Massnahmenpaket zur Stärkung der Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene, da das Verlagerungsziel mit den bestehenden Massnahmen nicht nur nicht erreicht wurde, sondern schlicht nicht erreichbar war. Indem der gesamte Zahlungsrahmen bis 2030 auf 2,06 Milliarden Franken erhöht werden soll, zeigt sich der Nationalrat deutlich ehrgeiziger als der Bundesrat, was es erlauben dürfte, den Marktanteil der Bahn weiter zu steigern – ganz im Sinne einer nachhaltigeren Mobilitätsperspektive.

→ Travail.Suisse unterstützt die Erhöhung des Zahlungsrahmens für die Förderung des alpenquerenden Schienengüterverkehrs gemäss Absicht des Nationalrates.

Donnerstag, 4. Juni 2020

Mo. Chiesa. Unterstützen wir die unter der Coronakrise leidenden Schweizer Unternehmen (20.3077):

Die Motion beauftragt den Bundesrat, ein Massnahmenpaket zur Unterstützung der Wirtschaftssektoren auszuarbeiten, die wegen des Coronavirus in Schieflage geraten. Eine vorübergehende Mehrwertsteuerbefreiung oder -reduktion könnte die von dieser Epidemie am schwersten betroffenen Branchen entlasten. Doch ein solcher Vorschlag würde sich mit den verschiedenen Massnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft durch den Bundesrat überschneiden. Ausserdem wäre er wenig wirksam, da der MWST-Satz für Beherbergungsleistungen bereits auf 3,7 % gesenkt wurde. Und schliesslich würde dies die öffentliche Hand um Einnahmen bringen, was zu einem Leistungsabbau im Service public führen könnte.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.

Mittwoch, 10. Juni 2020 (evt.)

(Antrag Einigungskonferenz)

Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose (19.051): Travail.Suisse hat immer betont, dass die Überbrückungsleistung älteren Ausgesteuerten nach einem langen Erwerbsleben unter anderem den Gang zur Sozialhilfe ersparen soll. Der Plafonierungsvorschlag des Ständerats kann dazu führen, dass das Niveau der Überbrückungsleistung sogar tiefer ist, als die Sozialhilfe.

→ Travail.Suisse lehnt eine Plafonierung für Alleinstehende beim zweifachen des allgemeinen Lebensbedarfs - wie vom Ständerat vorgesehen – ab.

Montag, 15. Juni 2020

Legislaturplanung 2019–2023 (19.078): Artikel 9 der Legislaturplanung sieht vor, dass die Schweiz den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern fördert. Statt eine nationale Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern zu verabschieden, wobei es wohl nur um die Bekundung guter Absichten ginge, schlägt die Minderheit Sommaruga der Sonderkommission vor, eher einen Aktionsplan für den Schutz vor Diskriminierung und Massnahmen der Verhütung von Diskriminierungen unter Einbezug der Kantone zu verabschieden. Auch für Travail.Suisse sollte man sich nicht mehr auf Strategien und grosse Überlegungen konzentrieren, weil die Bedingungen, die zur Ungleichbehandlung und zu Diskriminierungen führen, bekannt sind, sondern es soll konkret gehandelt werden, um die Probleme endlich zu lösen.

→ Travail.Suisse empfiehlt, der Kommissionsminderheit zu folgen.

Dienstag, 16. Juni 2020

Mo. Salzmännli. Kein Verkauf der RUAG Ammotec. Versorgungssicherheit gewährleisten (19.4468): Die Motion beauftragt den Bundesrat, den Verkauf der RUAG Ammotec zu stoppen. Das Unternehmen zählt über 2200 Mitarbeitende, wovon 420 in der Schweiz, in Thun, tätig sind. Transfair, der Travail.Suisse-Verband, der sich in den Service-public-Unternehmen besonders engagiert, stellt sich gegen den Verkauf von RUAG Ammotec und setzt sich so für die Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Schweiz ein. Transfair betont die Bedeutung der Versorgungssicherheit der Armee in der Schweiz.

→ Travail.Suisse empfiehlt diese Motion zur Annahme.

Mittwoch, 17. Juni 2020

Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021-2024 (20.028): Gerne informieren wir Sie zeitnah über die Haltung von Travail.Suisse zur BFI-Botschaft. Unter nachstehendem Link finden Sie sechs zentrale Travail.Suisse-Forderungen zum Thema: <https://bit.ly/3ggXy1R>

EHB-Gesetz (19.070)

→ Gerne informieren wir Sie zeitnah über die Haltung von Travail.Suisse zu EHB-Gesetz.

Donnerstag, 18. Juni 2020

Mo. APK NR. Schrittweise Öffnung der Grenzen und Wiederherstellung der Personenfreizügigkeit (20.3130): Die Motion verlangt vom Bundesrat einen Fahrplan zur schrittweisen Wiedereröffnung der Landesgrenzen. Die Wiederherstellung der Personenfreizügigkeit ist aus Sicht von Travail.Suisse ein wichtiger Schritt, um die Einschränkungen im Sozial- und Familienleben der Bürgerinnen und Bürger zu lockern. Daneben ist es ebenfalls entscheidend um – unter Berücksichtigung der epidemiologischen Lage – eine verstärkte Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeiten und eine Rückkehr zur wirtschaftlichen Normalität zu ermöglichen. Mit der damit zusammenhängenden Dynamisierung des schweizerischen Arbeitsmarktes ist aber auch die sistierte Stellenmeldepflicht wieder zu aktivieren.

→ Travail.Suisse empfiehlt diese Motion zur Annahme.